

Bezugspreis:

Vom 1.-8. September 1 Million Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 1.-8. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich u. Luxemburg 1.500.000 M., für das übrige Ausland 1.750.000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Seimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal Sonntags und Montags einmal

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 500.000 M. Kleinanzeigen 2500.000 M. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 100.000 M. (zählend zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50.000 M. Stellenangebote das erste Wort 50.000 M., jedes weitere Wort 20.000 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50.000 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postfach 3, abgeben werden. Gestraft von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 1. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vorkontokonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskontogesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Italien ergreift Sanktionen.

Bejegung Korfu.

London, 31. August. (W.B.) Reuter meldet aus Rom: Die italienische Regierung hat die griechische Antwort für unannehmbar erklärt und wird die nötigen Beschlüsse fassen.

Rom, 31. August. (E.P.) Der offizielle „Corriere d'Italia“ veröffentlicht folgende Nachricht: Infolge der ungenügenden Antwort Griechenlands schreibt die italienische Regierung sofort zur Ausführung der Sanktionen. Der italienische Torpedobootzerstörer „Piemonte“ hat den Kommandanten der griechischen Besatzung von Korfu bereits zur Übergabe aufgefordert. Ein Geschwader italienischer Kriegsschiffe ist vor der Insel erschienen. Alle Schiffsverbindungen zwischen Griechenland und Italien sind auf Befehl der Regierung unterbrochen worden. Der von Brindisi nach griechischen Häfen und Konstantinopel in See gegangene Dampfer „Aelia“ erhielt Weisung, die griechischen Häfen zu meiden und direkt nach Konstantinopel zu fahren. Die nach Griechenland bestimmte Post und Passagiere sind ausgeschifft worden. In Brindisi liegt ein griechischer Dampfer, für den Weisungen vom Ministerium in Rom erwartet werden, da man nicht weiß, ob die Ausfuhr gestattet wird.

Rom, 31. August. (E.P.) Das „Giornale d'Italia“ bestätigt die Meldung von italienischen Matrosen auf Korfu und schreibt dazu: Es handelt sich nicht um einen feindseligen Akt nach Auffassung des internationalen Rechtes, sondern nur um Strafmaßnahmen und Selbstverteidigung, damit Italien ein Pfand in die Hand bekommt, mit dem es Griechenland zwingen kann, die italienischen

Forderungen zu erfüllen. Wohlverstand wird gegen Griechenland kein Krieg geführt, sondern nur das Recht einer beleidigten und verletzten Großmacht verteidigt.

Korfu soll italienisch werden.

Triest, 31. August. (E.L.) Hier glaubt man, daß italienische Truppen auf Korfu landen werden. Korfu würde wohl nach Friedigung des Konfliktes ohne weiteres geräumt; ob das aber auch mit Korfu der Fall wäre, sei eine andere Frage. Italien habe augenblicklich eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit, den Schlüssel der ganzen Adria in die Hand zu bekommen. Die Stellung der griechischen Regierung gilt als erschüttert.

Uneinigkeit der Großmächte.

Paris, 31. August. (W.B.) Wie der „Matin“ meldet, haben die Beratungen der Botschafterkonferenz über das Telegramm, das kürzlich an Griechenland gerichtet wurde, sehr lange gedauert. So einmütig man die Tat verurteilte, so sei man sich doch nicht ganz einig gewesen über die zu ergreifenden Maßnahmen, bezüglich deren der britische Vertreter Einwendungen machte. Der „Matin“ schildert das Chaos, in dem Griechenland sich befindet, und die unheilvolle Finanzlage, die ihm nicht gestatte, den materiellen und finanziellen Forderungen Italiens Folge zu geben. — Der griechische Geschäftsträger in Paris hat der Botschafterkonferenz das Beileid der griechischen Regierung für die Mordeaten in Janina ausgesprochen.

Sozialistische Mahnung in Frankreich.

Ein Generalratspräsident gegen die Ruhrbesetzung.

Von den französischen Generalräten, den Vertretern der Departements, haben 68 ihre Tagung verlassen, was von einzelnen Blättern der Linken als Zeichen dafür gedeutet wird, daß diese Generalräte eine Stellungnahme zur Ruhrfrage vermeiden wollten; 32 Generalräte haben gelagt, 12 von ihnen haben der Ruhrpolitik der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, während in verschiedenen anderen Generalräten die Mehrheit trotz des Widerspruchs der Präfekten eine kritische Stellung zur Ruhrpolitik einnahmen. Dazu kommt nun eine eindrucksvolle Rede des sozialistischen Generalratspräsidenten Genossen Fourment, einer der beiden sozialistischen Senatoren Frankreichs. W.B. übermittelt aus dem Bericht unserer Pariser Bruderblätter, des „Populaire“, folgenden Auszug:

Wie der „Populaire“ meldet, hat der Präsident des Generalrats des Departements Var, der Sozialist Fourment, bei der Eröffnung des Generalrats eine Rede gehalten, in der er unter anderem erklärte: „Es ist nicht zweifelhaft, daß augenblicklich die öffentliche Meinung der Welt unsere Haltung nicht billigt. Mit Ausnahme einiger auswärtiger Politiker, deren Erklärungen unsere offizielle Presse mit Vorliebe wiedergibt, erheben sich fast in allen Ländern der Welt die Führer und Blätter fast aller Parteien gegen unsere Reparationsansprüche. Ueber den Grundsatz der Verpflichtungen, die Deutschland auferlegt sind, kann kein Streit sein. Der Grundsatz ist gerecht und steht im Friedensvertrag. Aber dieser erkennt an, daß Deutschland nur so weit Reparationen zu leisten hat, als es dazu imstande sein wird, und daß seine Verpflichtungen in seiner Zahlungsfähigkeit seine Grenzen haben.“ Deshalb wendet sich Fourment gegen die Ruhrbesetzung. Ohne von den Kosten sprechen zu wollen, die sich Frankreich auferlegt habe, infolge deren mehrere hundert Millionen ins Budget eingestellt werden mußten, habe Frankreich seit der Ruhrbesetzung nur 1/4 der Kohlen erhalten, die Deutschland in der gleichen Zeit des Vorjahres geliefert habe. Der Franken sei gefallen und das Leben teurer geworden. Außerdem bestehe die Gefahr, daß Deutschland, welches schon krank sei, auseinanderfalle. Wie wolle man da noch hoffen, von Deutschland Reparationen zu erhalten! Treffsicher nicht dadurch Frankreich sich selber? Fourment sprach sich dann dafür aus, daß die Sache vor den Völkern und vor dem Haager Schiedsgericht gebracht werde. Wie oft habe man Deutschland vor dem Krieg den Verwurf gemacht, daß es ein internationales Schiedsgericht ablehne. Wolle man jetzt Frankreich der Kritik aussetzen, die man berechtigterweise an dem deutschen Kaiserreich geübt habe?

Wird man diese Stimme hören, ehe es zu spät ist?

Havenstein und Glafenapp.

Wie das „B. L.“ erfährt, darf der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Havenstein jetzt als sicher angesehen werden. Der Reichsbankpräsident hat während der letzten Unterhaltungen mit den Mitgliedern des Reichskabinetts seine prinzipielle Bereitwilligkeit zum Rücktritt erklärt. Er sowohl wie der Vizepräsident v. Glafenapp dürften dementsprechend in kurzer Zeit auf Urlaub gehen und nicht mehr auf ihren Posten zurückkehren.

Wir möchten die Gelegenheit dieser Meldung, die vom 8-Uhr-Abendblatt mit Unrecht angezweifelt wird, zu der Feststellung benutzen, daß der scharfe Kampf, der an dieser Stelle gegen die bisherige Reichsbankleitung geführt wurde, ausschließlich sachlichen Gegensätzen entspringt. Es fiel uns weder ein, Verdienste, die in einer ferneren Vergangenheit liegen, zu bestreiten, noch den guten Willen und die persönliche Uneigennützigkeit des bisherigen Reichsbankleiters in Zweifel zu ziehen. Aber die neue Zeit fordert neue Männer mit neuen Ideen. Für sie öffnet der angeforderte Rücktritt die Bahn.

Großmann-Havenstein vor Gericht.

Das Landgericht III hat das Reichsbankdirektorium mit seiner Feststellungsklage abgewiesen. Die Gründe besagen im wesentlichen, daß der Betriebsratsvorsitzende Großmann sich in zwei Fällen erhebliche Verfehlungen gegen seine Pflichten als Angestellter und Betriebsratsvorsitzender habe zuschulden kommen lassen. Er hätte weder in der Druckerei der Reichsbank den Plakatdruck, den das Reichsbankdirektorium in Auftrag gegeben hatte, verboten, noch hätte er dem Präsidenten Havenstein die Aufforderung der Organisation zum Rücktritt überbringen dürfen. Wenn hiernach auch der Standpunkt der Reichsbank objektiv gerechtfertigt sei, so müsse gleichwohl die Klage der Reichsbank abgewiesen werden, denn es seien sehr erregte Zeiten gewesen, und der Betriebsratsvorsitzende Großmann habe deshalb der Ansicht sein können, daß sein Vorgehen den Betrieb der Reichsbank vor Erschütterungen bewahren würde und deshalb objektiv gerechtfertigt sei.

Dummheit oder Verbrechen?

Eine Brandrede Sinowjews.

Petersburg, 29. August. (D.E.) Die letzte Tagung des Petersburger Sowjets war der deutschen Frage gewidmet. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand eine große Rede Sinowjews. Er schilderte die Verleumdung Deutschlands, ging besonders auf den Niedergang des deutschen Mittelstandes ein und sagte unter großem Beifall, die ungeheure Mehrheit des Kleinbürgertums und ein Teil der Bauern sei infolge der durch die Lage heute schon einer proletarischen Revolution geneigt. Sinowjew sprach dann von dem mit „donnerndem Krachen“ erfolgten Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie, die hinschmelze wie eine Wachslerze. Die Sozialdemokratie, die die deutsche Revolution verpöchtelt hätte, erleide damit ihr verdientest Schicksal. Die ganz ohnmächtige deutsche Regierung könnte weder durch den Kanzler Stresemann noch durch Hilferdings Finanzmaßnahmen den letzten Akt der deutschen Tragödie aufhalten. Die deutsche Revolution werde kommen und mit ihr der Beginn der europaischen.

Der deutsche Kommunist Hörnle und der aus Deutschland zurückgekehrte Scharow stimmten den Ansichten Sinowjews zu. Nachdem Sinowjew zur Unterstützung des Kampfes der deutschen Proletarier durch Geld ermahnt hatte, wurde ein Aufruf des Petersburger Sowjets beschlossen, in welchem den Berliner Betriebsräten versichert wird, daß die russischen Parteigenossen mit verstärkter Spannung die Entwicklung des Kampfes in Deutschland verfolgen und im entscheidenden Moment nicht fehlen werden.

New-Yorker Dollarkurs 10 000 000 M.

Diktatorische Maßnahmen!

Die Dollarhauffe ist gestern zum Stillstand gekommen. Nicht, daß die Mark wieder einmal auf die Hälfte ihres Standes gesunken ist, war an dieser letzten, vorläufig und hoffentlich für längere Zeit abgestoppten Steigerung der Devisenkurse das Wesentliche, obwohl die damit zusammenhängende Teuerung die Arbeiterschaft schwerer als je traf, weil Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit im Steigen sind. Aber das deutsche Volk, das vor der Ruhrbesetzung die Mark auf den fünfzehnhundertsten, noch in der Regierungszeit Cunos auf den einmillionenfünfhunderttausendsten Teil seines Wertes sinken sah, würde vielleicht auch noch weitere Schwankungen des Geldwertes ertragen, ohne darunter zusammenzubrechen, wenn nicht die Währungskrise bereits bis zu dem Punkte gediehen wäre, wo sie den Tod der Wirtschaft herbeiführen droht. Das war es, was ein jeder verspürte, darum auch hat sich das Volk zu einer gewaltigen politischen Kraftanspannung aufgerafft. Es hat unter Hintansetzung parteipolitischer Gegensätze eine Regierung auf breiterer Grundlage geschaffen und mit der Abwehr des Währungsseils betraut. Und es stand vor der trostlosen Aussicht, daß auch diese letzte Hoffnung wieder zerfallen würde. Dieselben Sachwertbesitzer und Markverderber, die bisher auf den Trümmern der zerfallenden Wirtschaft ein Parasitenleben führten, schienen den Sieg zu erringen über die Interessen des Volksganges, drohten den Bestand des Reiches und die Lebensfähigkeit breiterer Volksmassen zu untergraben.

Darin unterscheidet sich der Marksturz unter der Regierung Stresemann-Hilferding von den vorangegangenen Markkatastrophen, obwohl diesmal die Mark in drei Wochen nur etwa auf die Hälfte des damaligen Standes entwertet ist, während vorher schon viel schwerere Katastrophen unserer Währung überstanden worden sind. Wir stehen vor einer gänzlich neuen Situation. Steuergehe und Devisenverordnung sind auf dem Wege zur Durchführung. Die, welche gegen diese Eingriffe in den Besitz nicht laut genug protestieren konnten, haben sich innerlich mit ihnen längst abgefunden, lachen über ihre „katastrophale Wirkung“ und „draconische Strenge“, — aber die Not des Volkes dauert an, verächtlich mit jedem Tage.

Es hat keinen Zweck, darüber sich der geringsten Selbsttäuschung hinzugeben. Es wäre unfinnig, eine Regierung nach ihren Taten zu beurteilen, noch ehe ihre ersten Maßnahmen wirklich durchgeführt sind. Und es war von vornherein klar, daß geradezu ungeheure Widerstände zu überwinden sein würden, ehe das Notprogramm wirksam geworden ist. Diese Widerstände sind jetzt da, der Kampf beginnt in das entscheidende Stadium zu rücken. Ihn aufgeben, ehe er durch das entscheidende Stadium hindurch ist, hieße sich selbst aufgeben.

Die Erbschaft der Regierung Cuno ist schlimmer, als man ahnen konnte. Die gebankenlose Kreditwirtschaft, die das Spiel mit der Mark erleichterte und begünstigte, hat Grabe erreicht, die man sich kaum vorstellen konnte. Die Reichsfinanzen sind vollkommen verwarlost, die Papiermarkkredite, die an Industrie und Handel und besonders an die Industrie der besetzten Gebiete gegeben wurden, saugen am Mark des Volkes. Die Bilanz, die der Reichswirtschaftsminister v. Raumer gestern im Reichswirtschaftsrat zog, ist erschütternd. Die Geldentwertungswirtschaft hat sich derart überschlagen, daß die Industrie konkurrenzunfähig gegenüber dem Ausland und abnahmefähig im Inland geworden ist. Nur in zwei Punkten hat Herr v. Raumer Unrecht: irgendwo sind die Reserven geblieben, die aus dem Schwund der Kaufkraft der breiten Massen, aus der Uebersteigerung der Preise gebildet wurden, und ein einziger Blick auf den Börsennotizblatt mit den Millionenkurven der Aktien hätte ihm klar und deutlich gezeigt, wo diese stecken. Es ist nicht wahr, daß die Substanz ausgezehrt ist, wenn die früher schuldenbeladenen Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft heute entschuldet sind, wenn sie sich um den Absatz heute nicht mehr kümmern, während sie früher noch ihren Abnehmern langfristige Kredite gaben. Nein, der Sachbesitz verfügt noch über gewaltige Reserven. Der zweite Punkt, in dem der Reichswirtschaftsminister Unrecht hat, ist die Beurteilung der Löhne. Beim Beginn der Ruhrbesetzung gab es noch so gut wie nirgends wertbeständige Löhne. Gleichwohl stand die deutsche Industrie bei der damaligen Senkung des Marktkurses über dem Weltmarktpreisen. Das zeigt doch eindringlich, daß man dem Indexlohn nicht den entscheidenden Einfluß auf die Preisbildung beimessen kann, den Herr v. Raumer feststellen wollte.

Aber wie dem auch sei. Die Bilanz ist trostlos darum, weil infolge des Währungsseils die Mark vom Produzenten nicht mehr zum Verbraucher kommt, die industrielle Produktion selbst immer mehr zurückgeht, während für alle Lebensmittel die Preise ins Ungeheure steigen. Dem abwarten zuzusehen, bis am 15. September der Devisenfonds vielleicht beschaffen ist — in welcher Höhe Devisen einzuheben werden, steht noch durchaus nicht fest — oder bis die Notsteuern, teilweise durch die Geldentwertung schon wieder aufgehoben, durch rasch und stetig steigende neue Steuern ersetzt sind, dazu ist

heute nicht mehr Zeit. Sofort und ohne jeden Verzug müssen Maßnahmen getroffen werden, welche einen weiteren Marktsturz verhindern können.

Es steht außer Zweifel, daß die starken Devisenkäufe der letzten Zeit zu einem wesentlichen Teil von Kreisen erfolgten, welche durch die Kredite der Reichsbank und des Reiches dazu erst in stand gesetzt worden sind. Diese Kredite wirkten auf die fränke Wirtschaft wie Betäubungsmittel; sie ihr abzugewöhnen, ist eine harte Kur. Aber es bleibt kein anderer Weg. Befahrungsgewinner sind heute für das Volk ebenso unerträglich wie die schwarze Börse in der Grenadierstraße. Beiden muß das Handwerk gelegt werden, indem der Kreditstrom rückwärts aufgehalten wird. Den Bedürfnissen der Wirtschaft selbst ist mit den Papiermarktkrediten, die ohne genügende Kontrollmöglichkeit meist den unproduktivsten Stellen zufließen, nicht mehr geholfen. Industrie und Handel rufen heute nach einer Goldrechnungswährung. Ob man bei der Einführung von Goldkonten und Goldüberweisungen für die Großwirtschaft wird stehen bleiben können, ist heute bereits mehr als zweifelhaft. Das Problem spitzt sich so zu zu der Frage, wie eine echte Goldwährung mit neuen, wertbeständigen Zahlungsmitteln aufgerichtet werden kann. Voraussetzung dafür ist, daß die Regierung sich die Mittel zu der Durchführung der Goldwährung beschafft. Angesichts der Tatsache, daß Industrie und Handel noch über erhebliche, bisher nicht angetastete Bestände an fremden Zahlungsmitteln verfügen und daß es noch genug Werte gibt, die allgemein als „Goldwerte“ gelten, kann die Frage nicht mehr lauten, ob, sondern vielmehr wie man diese zur Schaffung einer neuen Währung heranzieht. Die Entscheidung muß aber mit größter Beschleunigung fallen.

Jedenfalls muß alles geschehen, um die Umstellung der Wirtschaft aus der verlagenden Inflationswirtschaft in eine neue, auf einem festen Wertmesser gegründete Produktionswirtschaft zu beschleunigen. Es ist eine skrupellose Demagogie, wenn die Deutschnationalen nach diktatorischen Maßnahmen schreien, die von ihnen selbst gebilligten steuerlichen und währungspolitischen Schritte des Reiches aber in Wort und Tat bekämpfen. Das Agrarkapital stellt sich hier schützend vor die Grenadierstraße. Die Regierung wird nicht davor zurücktreten dürfen, diese Leute einmal die Diktatur der verfassungsmäßigen Reichsgewalt spüren zu lassen, wenn es um die Rettung des Volksganzen geht. Sie wird sich ebensowenig vor der Macht der großen Kartelle beugen dürfen, wenn diese sich in die Notwendigkeit der Umstellung der Wirtschaft auf neue Existenzformen nicht fügen wollen. Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein. Wir erwarten eine entscheidende Tat!

Die Fronde der Steuerhuten.

Reichslandbund, Pommerischer Landbund, Deutschnationale.

Herr Stresemann hat kürzlich gewichtigen Besuch gehabt. Bei ihm erschienen nämlich Vertreter des Reichslandbundes und überbrachten ihm vom Pommerischen Landbund — unterzeichnet von den Amtmännern v. Dewitz und v. Flemming — einen Brief, in dem einfach „festgestellt“ wird, daß die Landwirtschaft zur Aufbringung der jetzt geforderten Steuern nicht in der Lage sei. Der Landbund droht mit Betriebseinschränkungen, falls die Steuer wirklich eingetrieben werde, und mit Gefahren, die daraus für die Volksernährung entstünden. Dann fährt der Brief fort:

Die Landwirtschaft wenigstens hat nicht die Absicht und ist auch nicht in der Lage, dauernd von sich Opfer fordern zu lassen — auch solche freiwilliger Art — und im übrigen als Versuchsfeld für sozialistische Experimente zu dienen. Vielmehr erachtet sie weitere Experimente in dieser Richtung als schwere Schädigung des Gesamtvolkes und nicht zuletzt der angeblich von der Sozialdemokratie vertretenen Arbeiterschaft...

Wulle spricht im Ostseebad.

Von Hans Klabaubermann.

Der Zinnowitzer Badegäste Lemächtige sich freudige Erregung. Wulle, R. d. R., wird im Deutschen Haus, natürlich im Deutschen Haus, über „Deutschlands Kampf gegen die inneren Feinde“ sprechen. Sie haben ihn zwar vor acht Tagen schon mal gehört, und wer ihn kennt, weiß, daß er nichts Neues sagen wird. Woher sollen ihm auch neue Gedanken kommen, nachdem er so viel Mühe gehabt hat, sich die Anschauungen des geistigen mächtigen Grafen Bücker zu eigen zu machen? Aber das macht nichts, so einen Mann hört man immer wieder gern.

Der Saal ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Verstand ist im einzelnen nur dürftig vertreten; die Masse muß es bringen. Auf dem Vorstandstisch stehen vertrauenswürdigere Mengen Bier, geeignet, teuffche Begeisterung zu entfachen. Hier ist ein ganz besonderer Wort. Der Gott, der Eifen wachsen ließ, der gab nicht bloß das Wasser. Mit kernigen Worten — „Deutsche Männer und Frauen!“ — eröffnet der Vorsitzende die Versammlung. Er ist eine Erscheinung, wie sie das Herz jeder teuffchen Jungfrau — in allen Ehren, versteht sich — höher schätzen läßt. Auf der Reusur hat er zum Barieren nicht den Schläger, sondern das Gesicht benutzt, auf dem dabei zahlreiche bedemmittige Schmitze funkeln. Dies schon dadurch ehrfurchtschende Gesicht umwölkt er mit amtlich-iddlichem Ernst, sobald er Bier trinkt oder versammlungseleitende Maßnahmen ergreift. „Männer und Frauen! Ich eröffne die Versammlung. Herr Reichshofratgeordneter Wulle hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt (Bravo!) heute hier in Schinnowitz zu sprechen. Ich möchte die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, der Bedoerwaltung und — ich sehe da unschern oerechten Herrn Bobedirektor Grubbert — unschern wärmsten Dank zu sagen für... Ferner weische ich darauf hin, daß am Sonntag um 3 Uhr von unsch eine Tannenbergsfeier veranstaltet wird. (Mit fürchterlicher Stimme): Daß ich keine Parteifache, daß war vielleicht die größte Schacht der Weltgeschichte... Nun habe ich doch ganz besondere Vergnügen, Herrn Reichshofratgeordneten Wulle doch Wort zu sprechen. (Bewegung und Händeklatschen.)

Da erhebt sich frant und frei der neueutsche Rede. Herr Wulle, R. d. R. Ein hellblonder, 40 Jahre alt scheinender, großer (körperlich) Mann von sympatthischen, ein wenig nach Fülle neigendem Leichterem, ein Siegfried, wie ihn sich die Opernbühne nicht besser wünschen könnte. Die Aussprache ist deutlich, die Stimme wohlklingend, manchmal schnarrend und nach Kasernehof riedend, die Demagogie unübertrefflich, die Rede stets gewährt, der Inhalt schwach. Darauf kommt's auch nicht an. Die Zinnowitzer Badegäste legen so wie so Wert darauf, als deutschvölkisch ein bißchen zu gelten. Wartige Worte trommelten aus Herrn Wulles teuffchen Mund auf die andächtigen Zuhörer. Von der Erschaffung der Welt ging er nicht aus, er begnügte sich mit einer gedrängten Weltgeschichte von Hermann, dem Überwarter an bis Wulle, R. d. R. Die Geschichtsauffassung, die sich dabei offenbarte, lehnte sich im wesentlichen an David-Müllers Geschichte des deutschen Volkes an, übertraf jedoch in einigen Punkten den Horizont eines Quartaners. Die gemaltigen Möglichkeiten des Weltkrieges haben wir

Der Landbund ist nicht bloße in seinen Behauptungen, Drohungen und Forderungen. Er verlangt, nachdem er die Steuern verweigert hat, von der Regierung durchgreifende Maßnahmen zur Hebung der Produktion und vor allem „Befreiung der Arbeit von jeder gesetzlichen oder gewerkschaftlichen Beschränkung“. Was natürlich nichts anderes heißen soll als: Zurückführung der ländlichen Arbeiter in das Joch der Zeiten vor 1914! Um dem Reichsfinanzler die ganze Größe der ihm von den Landbündlern drohenden Gefahr vor Augen zu führen, verweist der Brief auf das „Gewicht der Provinz in mehr als einer Hinsicht“. Wobei sich jeder denken kann, was er will. Dieser oder jener wird dabei vielleicht sich erinnern, daß auf pommerischen wie auf mecklenburgischen Gütern die Kobach-Garden Flurschützen und Landarbeiter spielen dürfen. Soll das etwa auch ins „Gewicht der Provinz“ fallen?

Es ist selbstverständlich, daß die pommerischen Frondeure Zugang erhalten. Die bayerischen Bauern unter Führung des Dr. Heim blasen ins gleiche Horn, und jetzt hat auch der Vorstand der Landwirtschaftskammer Hannover an den Reichsfinanzminister das folgende Telegramm geschickt:

Betriebssteuer für Landwirtschaft nicht tragbar, verminderte Erzeugung führt zur Entwertung der Landwirtschaft. Zurückhaltend bis nach Ernte unbedingt nötig.

Ausschub bis nach der Ernte? Was werden die Steuern dann wert sein? War es nicht noch die Regierung Cuno, die vom Reichstag die sofortige Erledigung der Steuern verlangte, weil die Rot des Landes keinen anderen Ausweg mehr lasse? Und waren es nicht gerade die Deutschnationalen, die auf sofortige Verabschiedung der Steuern drängten? Vielleicht haben sie es inzwischen schon wieder vergessen, trotzdem erst vierzehn Tage darüber ins Land gegangen sind. Sie werden uns deshalb Dank wissen, wenn wir ihr Gedächtnis aufzufrischen suchen. Genosse Wilhelm Keil, der bei den Verhandlungen des Steueraususses für die Sozialdemokratie hervorragend beteiligt war, erinnerte in einer Auseinandersetzung mit württembergischen Deutschnationalen an die Vorgeschichte dieser Steuern:

Die deutschnationale Fraktion wird in Steuerfragen geführt vom Abg. Dr. Helfferich. Er war der Vertreter seiner Parteigenossen bei einer vom Minister Dr. Hertel vor Beginn der Steuerberatungen veranstalteten privaten Besprechung. Hier stellte sich Dr. Helfferich namens seiner Parteigenossen vorbehaltslos auf den Standpunkt der vorliegenden Gesetzentwürfe, stimmte dem Minister darin zu, daß die Verwirklichung der Steuerzahlung viel weiter gehen müsse als in dem durch den laufenden Marktsturz schon überholten Regierungsvorschlag und verteidigte auch die vom Minister angeforderte Betriebssteuer gegen gewisse von anderer Seite erhobene Bedenken. Er redete den Jaghaften ins Gewissen mit den Worten: „Es geht jetzt um Kopf und Kragen, da muß man für'se gerade sein lassen“...

Bei den Ausschüßberatungen wurde unter entscheidender Mitwirkung der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen, am 15. August das Vierhundertfache an Vorauszahlung auf die Einkommensteuer zu fordern und die Rhein- und Ruhrabgabe dementsprechend zu bemessen. Wir hatten in Uebereinstimmung mit dem Minister das Fünfhundertfache beantragt. Die Höhe der landwirtschaftlichen Betriebssteuer war Gegenstand langwieriger Verhandlungen. Man einigte sich schließlich auf den Satz von 9 Goldmark für je 2000 Mark Wechreitagsgesetzanlagung auf 6 Monate, nachdem den Deutschnationalen zu einer langen Ferkonkussion Gelegenheit gegeben war. Sie stimmten zu unter der Bedingung der einstimmigen Annahme sämtlicher Steuererfolge durch alle Parteien ohne die Kommunisten.

Am Morgen nach der Abstimmung im Plenum gab es im Ausschüß noch einen interessanten Zwischenfall. Dr. Helfferich beklagte sich sehr lebhaft darüber, daß der „Vorwärts“ in seiner letzten erschienenen Nummer die neuen Steuern als einen Erfolg des Steuerkampfes der Sozialdemokratie feierte. Das wollte Helfferich nicht gelten lassen. Er nahm für seine Partei das Verdienst in Anspruch, die Wertbeständigkeit der Steuern, die am vollständigsten ihren Ausdruck in der landwirtschaftlichen Goldmarkabgabe findet, zuerst angeregt zu haben...

Da man's wollten die Deutschnationalen die Hüter der Reichsinteressen spielen, nachdem unter entscheidender Einflußnahme Helfferichs die Regierung Cuno die Finanzwirtschaft des Reichs aus Rücksicht auf die Steuerhuten der bestehenden Kreise immer weiter hatte verkommen lassen. Heute erklären sie dagegen diese Steuern für ein sozialistisches Experiment und berufen sich auf die republikanische Verfassung, die den „Besitz“ sichern soll! Heute organisieren sie den Widerstand gegen die „Staatsautorität“, von der sie sonst zu schwächen lieben, organisieren sie, wieder unter Mitwirkung Helfferichs, offen die Ausschüßung der eben mit ihren Stimmen beschlossenen Steuern. Sie handeln ganz im Geiste der englischen Hochkirche, von der Karl Marx einmal sagte, sie würde lieber auf neun Zehntel ihrer Glaubensartikel als auf ein Zehntel ihrer Einkünfte verzichten!

Mit Recht weist die „Nationalliberale Correspondenz“ darauf hin, daß die Deutschnationalen, die nach einer „Diktatur“ rufen, sich in Wirklichkeit schon der Diktatur von Grafes unterworfen haben. Nach ihm bedeuten die neuen Steuern einen Triumph „Aljudas“, das sich, mit gütiger Unterstützung der Deutschnationalen, auf die Betriebs- und Bodenwerte von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft stützt, um sie zu mobilisieren und der Börsenwelt preiszugeben. Er verlangt unverhüllt genug Steuerfabrikation, Reichstagsauflösung und gewaltige Protestaktionen gegen die ganze parlamentarische Richtung. Die Deutschnationalen mit ihren Landbündlern folgen im Troß den Böllischen, die nach Vereinigung mit der rotdefekten RPD streben, um die demokratische Republik zu zerschmettern.

Streif-Ende an der Ruhr.

Ruhrgebiet, 31. August. (Eigener Drahtbericht.) In einer Veranstaltung der Betriebsräte und Gewerkschaften am 30. August in Essen ist beschlossen worden, die von den Besatzungstruppen geübte passive Resistenz im Bergbau, nachdem der Forderung der Arbeiter zum größten Teil erfüllt habe, aufzugeben. Die Arbeit ist demgemäß bereits heute zum Teil wieder aufgenommen worden.

Faschistenverhaftungen in Ostpreußen.

Königsberg, 31. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch abend und Donnerstag vormittag ist durch die Kriminalpolizei Königsbergs die Mitgliedschaft einer faschistischen Geheimorganisation verhaftet worden. Es handelt sich um eine den Namen „Tatgemeinschaft“ und „Tatbereitschaft“ tragende Organisation, der in der hauptstädtischen Studenten- und Bauwerkshüter angehören und die von einem ehemaligen Ballikumer und Rapp-Kebellen Erdmann, einer gesellschaftlich vollständig entwurzelt existenz, aufgezoogen war. In dem Besitz von Mitgliedern dieser Gruppe wurde eine große Menge Waffen, darunter ein schweres Maschinengewehr, gefunden und beschlagnahmt. Die Verhafteten hielten regelmäßig militärische Uebungen ab. Sie wurden mit leichten Maschinengewehren, dem Infanteriegewehr 98 und im Handgranatenwerfen ausgebildet. Die zur militärischen Ausbildung der Reichswehr herausgegebenen Ausbildungsvorschriften für Infanterie — Heft 1—5, gedruckt 1922 in der Reichsdruckerei, im Buchhandel sonst nicht erhältlich — wurden in größeren Mengen bei Erdmann beschlagnahmt. Die Beschlagnahmungen erfolgten auf dem Schützengelände der Reichswehr im Frijener Fort. Der Leiter der gesamten militärischen Ausbildung war der Presseschef des ostpreussischen Heimatländes Morsberg. Die Festnahme der Verhafteten erfolgte bei einer Verabredung. Die Festgenommenen sollten sich verpflichten, ohne Rücksicht auf ihre Familie, ihr Vermögen und ihr Leben ihren Führern gehorsam zu sein, vollste Verschwiegenheit zu bewahren, indem sie zu gleicher Zeit erklären, sich der Folgen bewußt zu sein, die ein Verrat nach sich ziehen werde. Als Abzeichen der Geheimbündler galt ein Totenkopf und das Hakenkreuz.

Der neue Presseschef. Zum Leiter der Reichspressstelle ist Geheimrat Kalle aus dem preussischen Innenministerium ernannt worden. Die Leitung der Innenabteilung wird Ministerialrat Dr. Jochlin übernehmen.

nicht ausgenutzt. Unsere herrliche Frront wurde von den eigenen Volksgenossen erredolcht. (Hört, hört.) Sehen Sie sich die Kleinflooten des mitteleuropäischen Blocks an! Türkei, Ungarn, Bulgarien! Jetzt duhlen die Ententemächte um Kemal und Horihys Gunst (er blidt sieghoft umher), und die Bulgaren freuen sich auf den neuen Krieg. Diese Staaten warten, hoffen, sehen, lauschen nach Berlin. Wo aber ist in Berlin etwas, was national über international stellt? Die neue Regierung, hat Herr Robert Schmidt ist eine vollendete Pleite. Herr Rndbruch hat den Deutschen das Gesetz zum Schutz der Juden, das Schutzgesetz der Republik meine ich, geschenkt, und nun Herr Hilferding! Wenn das „Deutsche Tageblatt“ nicht verboten wäre, ich würde keinen Leitartikel über die neuen Männer schreiben, ich würde nur die Photographie dieses Herrn Hilferding auf dem Titelblatt bringen. Stellen Sie sich einen ganz dollen Wiener Juden vor, das ist Herr Hilferding! Die Folge der neuen Maßnahmen des jämmerlichen Reichstags werden hunger und Bürgerkrieg sein. Und das wollen die Juden. (Die Verclamung atmet auf, die Hörer sind nun im gewohnten Fahrwasser und können leichter folgen.) Die Juden wollen das Chaos; es gibt nur Internationale, die jüdische. (Mit lähnem Ruf über die Zeit.) Die gewaltige Möglichkeit der durch den machtkröhenden Riesen Bismarck geschmiedeten deutschen Einheit (der Aufwand an fernigen Worten wölbt den Brustflößen der Deutschen höher) diese gewaltige Möglichkeit ist damals durch den Marxismus zerfchogen worden. Was ist denn Marxismus? Die nun auf die spannungsvoll rauschenden niederprasselnde Erklärung und Kritik verfahren mit den Auswüchsen unserer Zeit. So etwa wie Wulle stellt sich ein Berlin W-Badisch den Marxismus vor. Wenn solch unbedrücktes Kindergemäß Mitglied des Reichstags werden kann, dann lebt im Herzen des Deutschen kein Arg. Hab' Zutrauen zu uns, selbstliche Welt!

Der Wulle-Rede hatte kompetet: „Es ist wie ein Fluch, daß der Deutsche jedem Bauernfänger, jedem Gimpelfänger auf den Leim fieleht.“ Um das gleich zu beweisen, lehte er die Ziele der völkischen Bewegung auseinander. „Wir sangen an, wo Freiherr v. Stein aufgehört hat. Was wird, wird anders werden. (Bravo!) Wir wollen keine Ruhe. Unruhe ist die erste Bürgerpflicht; (mit donnernder Stimme) erst wenn dem faulen deutschen Spielher die Gurgel an der Kehle hilt (Gelächter), dann wird er aufgerüttelt. Wir bilden und werden bilden eine Macht, nicht nur zum Bürgerkrieg.“

Wiso sprach Herr Wulle in Zinnowitz. Frentlicher Beifall, jubel lohnte ihn.

Die größte Insektenammlung der Welt. Das Britische Museum darf sich rühmen, eine Insektenammlung zu besitzen, wie sie so reich und umfassend in der Welt nicht mehr existiert. Bis jetzt war man noch nicht dazu gekommen, ein genaues Verzeichnis der hier gesammelten Schätze vorzunehmen. Nach dreijähriger Arbeit ist aber jetzt der Katalog der Sammlung fertiggestellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Danach enthält die Sammlung des Britischen Museums 1.118.000 Insekten. Darunter befinden sich 325.767 Schmetterlinge, unter den 41.210 verschiedene Arten vertreten sind, und 398.000 Käfer, die sich aus 67.300 verschiedenen Arten zusammensetzen. Von den Hautflüglern (Bienen, Wespen, ge-

flügelten Ameisen) zählt die Sammlung 19.608 Arten. Von Halbflüglern (Wanzen usw.) und Zweiflüglern (Fliegen, Wägen, Reskitos) sind 7267 Arten vertreten. Die Grabflügel (Grillen, Heuschrecken usw.) zählen 3900 Arten; die Reißflügel (Ameisenlöwen) 1864 Arten, während von den verschiedenen Pflanzenläusen 21 Arten durch 140 Exemplare vertreten sind. Zu den Sammlungen haben die Geschenke aus privaten Kreisen das meiste beigetragen. Ein einziger Geber schenkte dem Museum 230.000 Insekten, ein anderer 30.000, und die reichste Schmetterlingsammlung, die das Museum geschenktweise erhielt, umfaßte 31.130 Exemplare.

Der streikende Torador. Ein berühmter spanischer Stierkämpfer El Gallo wäre dieser Tage von der erregten Volksmenge beinahe gelohnt worden. Nachdem er bei dem Stiergefecht in Santar sein Pensum erledigt und mehrere Stiere abgestochen hatte, wurde er wieder in den Ring gerufen, um einen anderen Torador zu vertreten, der am Bein schwer verletzt war. El Gallo aber streifte und erklärte, daß er diese Extraarbeit nicht leisten werde. Die völkspige Zuschauermenge warlete bis zum Abend, aber El Gallo blieb ungerührt und stellte sich den Stieren nicht entgegen. Man züchte ihn aus, beschimpfte ihn und schmeuberte alle möglichen unappetitlichen Gegenstände nach ihm. Als er schließlich den Ring verließ, rettete er sich vor der Menge, die ihn lynchen wollte, nach der Polizeiwache und wurde dort 3 Stunden lang belagert. Schließlich mußte die Polizei mit der blanken Waffe die fanatischen Berehrer des Stierkampfes vertreiben.

Das Theater. Die neue Bühnenarrangierung des Dr. J. Herman, die ohne Konzessionerteilung auf dem Umwege von Subskriptionsvorstellungen erfolgte, ist von der Polizei gelöst worden. Es sieht man, wie es heißt, auf Grund der Strafanzüge eines Gläubigers verhaftet. Die Zeitungen sind die Schaulpieler und die jungen Dramatiker, deren sich das neue Unternehmen annehmen wollte.

Das völkische Wanderschauspiel eröffnet die neue Spielzeit mit „B. von Schol“, „Der Weissau mit dem Schellen“. Es wird ferner aufgeführt: „Wilhelm Tell“, „Rabala und Liebe“, „Sappho“, „Kaiser Landstrafe“, von Schmittmann, „Die Rabaukenerin“ von Widenbruch, „Lumpenhandel“, „Die Untertanen“ von Holzogen, „Ein Geschicht“ von Unruh, „Totentanz“ von Schimberg, „Weißknecht“ von Schönterr, „Diebelei“ von Schmitler, „Gepentter“ von Wlen u. a.

Deutsche Kunst in Palästina. Am Weltbewer für die Bedauung eines Gesellschaftsvereins in Palästina (Palästina) errang der bekannte Berliner Architekt Erich Mendelsohn (Altstadter Richard Neutra) den 1. Preis. Von Mendelsohn kommt der Entwurf zu dem jüngst errichteten Einleim-Obfervatorium.

Staatslicher Theatertruf in Moskau. Auf Antrag des Bildungssministerials ist beschlossen worden, die staatlichen Theater, zu denen auch das Künstlertheater Stanislawski's und das Kammertheater gehören, zu einer autonomen Betriebsverwaltung (Truf) zusammenzufassen, um auf diese Weise eine möglichst weitgehende Kürgung der Staatstheater-Subvention zu erreichen.

Die Anhänger Tolstois und die Wehrpflicht. Auf Grund eines Gesetzes von 1920, das die Befreiung vom Militärdienst im Falle gerichtlicher festgestellter religiöser antimilitärischer Ueberzeugung vorsieht, belachte sich das Moskauer Gericht mit belingehenden Urträgen von zwei Tolstois-Anhängern. Auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen gab das Gericht dem einen Antrag statt, der andere wurde verworfen.

Die Schlüsselzahl im Buchhandel erhöht sich ab 1. September auf 1.600.000.

Programmdebatte im Reichswirtschaftsrat.

Erklärungen des neuen Wirtschaftsministers.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats war gemeinsam mit dem Außenhandelskontrollausschuss zu einer Sitzung am 31. August 1923 einberufen worden, um sich mit der Lage der deutschen Wirtschaft und den Maßnahmen zu beschäftigen, die sich hieraus für die zukünftige Außenhandelspolitik ergeben. Zu Beginn der Sitzung ergriff der Reichswirtschaftsminister v. Kaumer das Wort und führte etwa folgendes aus:

Wie ernst die Stunde ist, in welcher das Kabinett gebildet wurde, sehen Sie daran, daß sich in diesem Kabinett die breiteste Koalition zusammengefunden hat. Treibend war die allen innerwohnende Erkenntnis, daß es jetzt um das Letzte geht, und daß, wenn jetzt nicht alles zusammensteht und positiv zusammenarbeitet, die Verhältnisse in Deutschland nicht aufrecht zu erhalten sind. Dieses ist das letzte Kabinett normaler Art. Wenn es uns nicht gelingt die Aufgaben zu meistern, dann sehe ich nicht, wer unser Nachfolger werden soll. Parteiprinzipien, Theorien und derartige Dinge müssen vollkommen zurücktreten.

Unser Wirtschaftskörper ist ein völlig kranker Organismus.

Die Natur erhebt in einem kranken Organismus nur die lebenswichtigsten Teile, um den Organismus als solchen zu erhalten. Die weniger lebenswichtigen Organe läßt sie in solchen Zeiten verkümmern. Auch für uns kommt es heute allein darauf an, die lebenswichtigen Organe zu erhalten. Die Verläumernenden muß eine spätere Zeit auspeilen. Dazu sind schnellste Entschlüsse erforderlich. Wir haben nicht mehr Zeit von Monaten und auch nicht von Wochen, wir haben meistens nur die Zeit von Tagen.

Die Wirtschaft fehlt unter der Signatur des katastrophalen Währungszerfalls.

Die Mark hat sich seit dem Ruheinbruch um das Fünfzehnhundertfache verschlechtert. Jeder sucht — und zwar von seinem Standpunkt aus mit Recht — sich gegen die Folgen dieser Geldentwertung zu sichern. Man nimmt Indices, man nimmt Entwertungszuschläge für Löhne und Warenpreise; aber die dadurch gewonnene Kaufkraft oder der dadurch gewonnene Warenpreis reicht nicht aus. Das, was hier gewonnen wird, sind nur Fiktionen, denn es steht ihnen keine entsprechende Gütervermehrung gegenüber. So wirken diese erhöhten Löhne und Preise nicht bereichernd, sondern sie wirken nur im Sinne einer vermehrten Inflation und einer weiteren Verminderung der Kaufkraft.

Löhne und Warenpreise sind bei diesem Wertverlust mit der Entwertung über die Goldparität und die Weltmarktparität gesprungen. Dies gilt immer nur für einen gewissen Zeitpunkt. Der weglaufende Dollar bringt die Löhne und die Warenpreise einen Tag wieder unter die Parität, um sie am anderen Tage weit darüber hinausschleusen zu lassen. Die Paritäten tanzen. Die Folge dieses Prozesses aber ist eine tiefgehende Destruktion der Wirtschaftlichen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Jeder hat nur den einen Gedanken des Schutzes vor Geldentwertung; die positive Arbeit wird zurückgedrängt und so sehen wir einen ganz erheblichen Rückgang der Leistung auf allen Gebieten.

Die Abnahmestellen mindern sich täglich.

Aufträge gehen kaum noch ein. Was eingeht, sind Reparaturaufträge. Gleichzeitig besteht eine furchtbare Betriebskapitalnot. Die Betriebe können die Löhne nicht mehr ausbringen. Gemeinlich etwa am 29. August haben sich die Löhne seit Ende Juni drei bis viermal schneller gesteigert als die Markentwertung. Die Eingänge aus Warenverkäufen reichen demzufolge nicht mehr aus, die Löhne zu zahlen. Die Kreditverhältnisse sind außerordentlich erschwert. Die zu zahlenden Zinsen sind enorm. Kein Entwertungszuschlag, der auf die Ware gelegt wird, vermag heute auch nur annähernd mit der Geldentwertung zwischen Rechnungserstellung und Zahlungseingang Schritt zu halten.

Die einzige Möglichkeit hier Wandel zu schaffen, wäre die

Stillegung der Notenpresse.

Die Stillegung der Notenpresse würde voraussetzen die Befreiung des Geldes. Diese ist nicht durchführbar, solange der Ruhrkampf enorme Summen verschlingt. Kein Steuereingang ist imstande, dieses Loch auszufüllen. Von der Finanzseite aus kann heute nur die Grundlosgewinnung, die Vorbereitung zu einer Sanierung für den Zeitpunkt, an dem man die Notenpresse stilllegen kann. Vor allem kann man schon heute an der Ausgabe Seite einsehen. Der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat im Hauptausschusse des Reichstages gezeigt, wie an der Reichskasse heute alles hängt. Nicht nur Länder und Kommunen, sondern man ist sogar dazu übergegangen, Löhne der Privatindustrie aus der Reichskasse zu zahlen. Hier werden Maßregeln von rigorosster Härte notwendig sein. Jeder wird sich darüber klar sein müssen, daß wir nicht in der Lage sind, so weiter zu wirtschaften wie bisher. Deswegen Mittel werden demnach niemandem mehr zur Entlastung zur Verfügung stehen.

Bis zur Regelung der Finanzen, d. h. bis zur Stillegung der Notenpresse können wir meines Erachtens nur den Versuch machen, die Wirtschaft durch Behelfe über Wasser zu halten. Diese Behelfe sind es, die ich mit Ihnen beraten möchte und für die ich Ihre Unterstützung erbitte.

Das Grundübel ist der Entwertungszuschlag. Alles steigt hemmungslos, weil man genötigt ist, sowohl bei den Löhnen wie bei den Warenpreisen enorme Entwertungszuschläge zu machen, die ihrerseits wieder die Wirkung haben, daß die vorausgesetzte Entwertung durch die dadurch hervorgerufene Inflation auch tatsächlich eintritt. Die Hauptfrage ist also hierbei die:

Wie schaffe ich wertbeständige Zahlungsmöglichkeiten,

und zwar sowohl für den großen wie für den kleinen Verkehr? Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Lösung dieser Frage zu einer Frage der öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wird und daß demgegenüber die Bedenken wirtschaftlicher und prinzipieller Natur zurücktreten müssen. Vergewaltigen Sie sich, wie es in Wien ausah, als man eines Tages die Annahme der Krone in den Läden verweigerte. Wenn so etwas bei uns eintritt, so sind Ruhe und Ordnung nicht mehr aufrechtzuerhalten; denn eine Wirtschaft und eine soziale Ordnung, die auf Zahlungsmittel aufgebaut sind, sind an dem Tage zerstört, an dem es kein allgemein zugängliches Zahlungsmittel mehr gibt. Die Reichsbank hat begonnen, sich mit der Lösung dieses Problems zu befassen. Sie will Festmarkwechsel und Goldkonten einführen. Der Währungsausschuss wird sich sobald mit diesen Fragen befassen müssen. Die sogenannten Goldkonten würde ich mir etwas anderes vorstellen. Ich möchte sie lieber „Devilskonten“ nennen. Es muß erreicht werden, daß sämtliche Devisen zwangsläufig in die Reichsbank fließen — und zwar im Interesse der Devisenbesitzer selbst —, so daß durch die Reichsbank der ganze Strom der Devisen hindurchgeht, was für die Möglichkeit der Beeinflussung des Devisenmarktes von wesentlicher Bedeutung ist. Dies wird aber nur gelingen, wenn es möglich ist, die freien, nicht ablieferungsrechtlichen Devisen wieder abheben und im Einfuhrzollzuschlag auch übertragen zu können.

Für den großen Verkehr wird eine wirklich befriedigende Lösung nicht leicht zu finden sein. Das normale wäre, eine Goldnotenbank zu errichten, wie sie auch in Oesterreich geschaffen wurde, bei der sich die Reichsbank maßgeblich beteiligen könnte und die unter dem Schutze völliger Unabhängigkeit und völliger Trennung von den Reichsfinanzen Goldnoten in den Verkehr bringen könnte. Ich würde von meiner Seite aus gegen eine gewisse Beteiligung internationalen Kapitals dabei durchaus keine Einwendungen haben; denn die Hauptsache ist, daß wir über den toten Punkt hinwegkommen. Die Beteiligung ausländischen Kapitals könnte dabei auf den Kredit unserer Wirtschaft nur günstig wirken. Alle diese Fragen wird der Währungsausschuss zu behandeln haben.

Die andere Frage, die uns hier beschäftigen wird, ist die Hebung der Ausfuhr.

Den Ernst der Lage werden Sie den Ziffern entnehmen. Die Ausfuhrziffern des Statistischen Amtes sind nicht aktuell genug. Ich gebe Ihnen die Ausfuhrziffern nach den erteilten Ausfuhrbewilligungen, die ein charakteristisches Bild von den Auftragsengpässen geben. Die Bewilligungen betragen: Im Mai 614 Millionen Goldmark, im Juni 880 Millionen Goldmark, im Juli 105 Millionen Goldmark. Diesen Zahlen braucht man nichts hinzuzusetzen. Sie charakterisieren die derzeitige Konkurrenz- und Ausfuhrfähigkeit unserer Industrie. Von der Geldentwertung kann die Wirtschaft nicht mehr leben. Diese ist erschöpft. Wir haben in der ersten Zeit von dem Verfall des Auslandes an unierer Markt gefehlt. Dann haben wir von dem Kapital unserer Konten gelebt. Darauf haben wir die Reiseren der Wirtschaft selbst verbraucht. (??) Weitere Reserven sind nicht mehr vorhanden.

Wie stellen sich nun die einzelnen Produktionsfaktoren? Auf die Lohnfrage, die nicht zu meinem Ressort gehört, möchte ich nicht mehr eingehen.

Prüfen Sie die Arbeitsleistung in Deutschland, so haben die Akkordarbeitsleistungen ungefähr die Friedenshöhe wieder erreicht. In Betrieben, wo mechanische Verbesserungen vorgenommen worden sind, geht der Arbeitseffekt weit über den des Friedens hinaus. Bei dem Zeitlohn aber finden wir in normalen Betriebszweigen durchschnittlich nur noch 50 Proz. der Friedensleistung.

In unserer heutigen Lage muß man es mit aller Deutlichkeit aussprechen,

welches Anrecht begehrt der Nichtarbeitende am Arbeitenden!

Andere für sich arbeiten zu lassen — das war der Vorwurf, den man dem Kapitalismus gemacht hat. Ich teile diesen Vorwurf. Man kann nicht andere für sich arbeiten lassen; jeder hat die Verpflichtung, durch seine Arbeit den vollen Gegenwert seines Lohnes herzustellen. Das muß anders werden durch die Erweckung des sittlichen Bewußtseins, durch das Gefühl der Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern und der Volksgemeinschaft als solcher. Ein Kulturakt, wie der unsere, hat zur Voraussetzung, daß seine Arbeiterschaft auf ein möglichst hohes Lebensniveau kommt; denn nur mit einer solchen Arbeiterschaft kann man Qualitätsleistungen hervorbringen und nur durch Qualitätsleistungen können wir bestehen. Die Quelle dieser höheren Lebenshaltung ist aber allein die entsprechende Leistung. Ein weiteres Hindernis der Produktivität ist die ungeheure Belastung mit unproduktiven Löhnen. Welches Personal ist heute nötig, für die sich ständig ändernden Lohnrechnungen, für die Umrechnung der Aufträge in ungefähr 80 Valuten, für die Erzielung der Außenhandelskontrollvorschriften. Wenn diese unproduktiven Löhne in Deutschland anteilmäßig die Produktionsleistung anderer Länder, wie es jetzt der Fall ist, um ein Mehrfaches übersteigen, dann ist die Konkurrenzfähigkeit erschollen.

Fragen wir uns nach Mitteln, die bevorstehende akute Wirtschaftskrise zu überwinden, so wird man vor allem das tun müssen, was Herr v. Siemens mit dem Worte „Ausnützung der Konjunktur im Defizit“ bezeichnet hat. Eine Krise ist sich nicht dadurch, daß sich das gesamte Niveau der Wirtschaft gleichmäßig hebt; sie löst sich nur durch die allmählich wiederkehrende Prosperität der einzelnen Betriebe, und diese ist nur durch Überstunden an der richtigen Stelle zu erreichen. Wie wollen Sie bei den bestehenden Produktionsbedingungen Auslandsaufträge anders erhalten, als indem Sie, abgesehen von der Qualität, durch die Schnelligkeit der Lieferung die Konkurrenz unterbieten? Die Prosperität der Lieferung setzt aber voraus, daß ein Betrieb in der Lage ist, einen Auftrag durch Zufuhrnahme von Überstunden zu erledigen. Jeder Auftrag belebt zugleich die zu liefernden Betriebe und so wird man in einzelnen Betrieben Überstunden zulassen müssen, während anderswo Arbeitslosigkeit herrscht, weil man nur so die Arbeitsgelegenheiten wieder schaffen kann.

Run zur Frage der

Kohlen- und Rohstoffpreise!

Am 6. August hatte man für die Kohle einen Index für die Löhne und für die Kohlenpreisbildung gefunden, der von der Regierung anerkannt worden war. In Auswirkung dieses Anderes schmelzen die Preise derart hinauf, daß die zuletzt festgesetzten Preise den englischen Kohlenpreis um mehr als das Doppelte übersteigen. Das ist ein völlig perverber Zustand. Von der Kohle muß man verlangen, daß sie die Weltparität nicht überschreitet. Wenn dies nicht allein durch eine Senkung des Kohlenpreises erreicht werden kann, muß im Notfall auch für einzelne Spindelsektoren die Kohlensteuer zeitweilig herabgesetzt werden.

Auch auf den übrigen Gebieten der Rohstoffe ist eine panikartige Entwicklung der Preise eingetreten. Dieses ganze System der Indices und Entwertungszuschläge hat das Preisniveau völlig ruiniert. Sobald es gelingt, in irgendeiner Form die Geldentwertungszuschläge bei den Warenpreisen zu beseitigen, muß eine scharfe Revision dieser Rohstoffpreise eintreten.

Und nun zu der Frage der

Ausfuhrkontrolle und der Ausfuhrabgabe.

Die Leipziger Messe war in ihren Verkaufserfolgen die schlechteste Messe, die vielleicht je in Leipzig stattgefunden hat. Die österreichischen und scheidischen Waren, die ausgestellt waren, lagen wesentlich unter dem deutschen Preisniveau, das bedeutet, daß der ausländische Käufer in Leipzig scheidische und österreichische Ware gekauft hat und nicht die deutsche. Befragt es uns nicht, die Ausfuhr zu heben, dann weiß ich nicht, wie wir die Devisen herbeibekommen sollen, um unser Volk zu ernähren. Die Ausfuhrabgabe sollte den Gewinn erfassen, der durch die Differenz des einheimischen und des ausländischen Lohnniveaus entstand. Diese Differenz besteht, vor allem in dem Lohnanteil an der Ware, nicht mehr. Die Außenhandelskontrolle sollte ferner die Verschleuderung der Ware verhindern. Die Zeit des Verschleuderns kommt nicht mehr. Nur bei einigen Gruppen von Fertigwaren können unter Umständen eine kurze Zeitlang aus den Lägern der Händler Waren hinausgehen, die wegen Zahlungsschwierigkeiten unter Preis ausgeführt werden. Ich sehe auf dem Standpunkt, daß eine Marktderschlachtung heute nie mehr als Exportprämie wirken kann, sondern daß jede Marktderschlachtung sogar die Ausfuhrmöglichkeiten und die Konkurrenzfähigkeit noch verschlechtern wird, weil das Nachsehen des einheimischen Preisniveaus durch die nunmehr eingehaltene Entwertungszuschläge viel schneller und weitgehender sein wird als der Fall der Mark selbst. Das hat auch die Entwicklung in Oesterreich gezeigt.

Gegen den Abbau der Außenhandelskontrolle ist von Arbeitnehmerseite geltend gemacht worden, daß sich hier die Ausschaltung des Arbeitnehmers aus der Mitwirkung an den allgemeinen wirtschaftlichen Fragen seines Gewerbes anbahne, die er in den Außenhandelsausschüssen erlangt hat. Eine solche Ausschaltung darf nicht stattfinden. Den Gedanken der Arbeiterschaft habe ich schon vor der Revolution verfolgt. Ich habe durch die Revolution nichts lernen brauchen. Das neue Deutschland steht anders als das alte. Die meisten Vermögen sind verschwunden. Die neuen Reichen werden nicht lange leben, erstarrt Reichum hat die Eigenschaft, sich wieder zu verschütten, sobald an die Stelle der Spekulation die Arbeit tritt. Alle, die hier sitzen, sind, glaube ich, im Grunde genommen Arbeitnehmer. Wir leben alle nur von unserer Arbeit.

Ich bin überzeugt, daß die Katastrophe, die über Deutschland hereingebrochen ist, wenn die Weltgeschichte überhaupt einen Sinn hat, zu irgendeinem Ergebnis führen muß, das uns fördert, und dies Ergebnis kann nach meiner Ansicht nur sein, die

Herstellung der Volksgemeinschaft.

die uns bisher fehlte, die Vermischung der Klassengegenseite und die Erweckung des Solidaritätsgefühls zwischen allen, die Schulter an

Schulter in der Wirtschaft arbeiten. Gerade weil ich auf diesem Standpunkt stehe, werde ich alles tun, um die regste Mitarbeit des Arbeitnehmers an den allgemeinen Fragen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik zu fördern. Gerade auf dem, was ich mir von dieser Zusammenkunft erhoffe, gründet sich überhaupt meine Hoffnung auf ein wiedererstarkendes Deutschland. Ohne diese Hoffnung hätte ich mich nicht an dieser Stelle gestellt. Die Verhältnisse sind auf kurze Sicht so trübselig, daß eine solche Stelle nur übernehmen kann, wer die feste Überzeugung hat, daß dieses Volk so kräftig und so lächig ist, daß es bei gutem Willen seiner Mehrzahl durch diese Krise hindurch nicht nur seinen alten Hochstand erreicht, sondern dadurch, daß es, durch die Not getrieben, die Probleme der Volksgemeinschaft als erstes Volk löst, den Platz unter den Völkern wieder erobert, an den es gehört.

In der Generalausrede über die Ausführungen des Ministers ergab sich, wie der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses am Schluß der Aussprache zusammenfassend erklärte, Übereinstimmung darüber, daß so schnell wie möglich auf währungspolitischen Gebiete Maßnahmen getroffen werden, die den Endzweck verfolgen, an Stelle der heutigen Währung eine neue stabile Währung zu setzen, daß ferner Außenhandelskontrolle und Ausfuhrabgabe nicht radikal beseitigt werden können, vielmehr der Versuch gemacht werden soll, beschleunigter als bisher die Reformen durchzuführen, die dem allgemein als richtig erkannten Prinzip eine Vereinfachung des Kontrollsystems näherkommen.

Mit der weiteren Beratung und Begutachtung dieser Probleme werden sich im Laufe der nächsten Woche die entsprechenden Unterausschüsse, der Währungsausschuss und der Unterausschuss (des Außenhandelskontrollausschusses) für Ausführungsbedingungen befassen.

Unternehmer für Goldrechnungswährung.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und der Zentralverband des Deutschen Großhandels richteten folgende gemeinsame Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium:

„Die unterzeichneten Verbände haben bereits im Dezember v. J. bzw. Anfang Januar 1923 der Regierung in ausführlichen Eingaben dargelegt, daß die Schaffung einer neuen Rechnungswährung auf Basis einer einwandfreien ausländischen Goldwährung, nämlich der nordamerikanischen Dollarmarkung, die einzige Möglichkeit ist, um einem vollkommenen Chaos des Wirtschaftslebens vorzubeugen. Die unterzeichneten Verbände haben damals die Notwendigkeit anerkannt, daß die Schaffung einer solchen Rechnungswährung, d. h. die Einführung von Goldnoten und eines Goldzirkulationsrechts nicht möglich ist, wenn nicht das ganze Kreditwesen gleichfalls von der Papierwährung auf die Goldbasis umgeschaltet wird. Wir erkennen keineswegs die Schwierigkeiten, müssen aber darauf aufmerksam machen, daß diese Schwierigkeiten heute besonders deshalb so groß sind, weil inzwischen unsere vor drei Vierteljahr geäußerten Befürchtungen zu Tatsachen geworden sind. Diese Tatsachen bestehen in einem völligen Chaos des Wirtschaftslebens, Störungen und Störungen in Produktion und Absatz und der Unmöglichkeit für jeden Kaufmann, überhaupt noch zu rechnen. Die unterzeichneten Verbände bemühen sich seit Wochen, den Verkehr zwischen Industrie und Großhandel, Großhandel und Einzelhandel aufrechtzuerhalten; seit Wochen ergeben sich die unerträglichsten Auseinandersetzungen über die Durchführung kaufmännischer Kontrakte. Für alle beteiligten Wirtschaftskreise muß die Goldmarkrechnung grundsätzlich durchführbar und zulässig gestaltet werden. Die unterzeichneten Verbände erklären übereinstimmend, daß es auf der Basis des jetzigen Systems überhaupt unmöglich ist, einen geordneten Wirtschaftsverkehr fortzuführen. So dankenswert die Bereitwilligkeit der Reichsbank ist, dem Rechnung zu tragen, geht doch aus den Ausführungen und Maßnahmen der Reichsbank hervor, daß sie das Ausmaß der Notwendigkeit im Wirtschaftsleben völlig unterschätzt. Es ist einfach keine Zeit mehr, dieses Problem behutsam anzufassen, sondern binnen weniger Tage müssen die notwendigen Maßnahmen durchgeführt sein, soll es nicht zu einem völligen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens kommen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit auch noch darauf hinweisen, daß Industrie, Großhandel und Einzelhandel durchaus anerkennen, daß eine Sanierung der Staatsfinanzen erforderlich ist, ja daß sich zu diesem Zwecke ungeheure Steuern gar nicht umgehen lassen. Sie sind aber der Auffassung, daß das ganze Steuerwesen auf schwankender Grundlage steht, solange in der gesamten Wirtschaft nicht einheitlich in fester Goldwährung gerechnet wird und gerechnet werden muß. Das Chaos und die Unübersichtlichkeit der Papiermarkrechnung sind so groß, daß ein Kaufmann noch nicht einmal selbst übersehen kann, ob und wieviel er verdient oder verliert und welches Vermögen er noch hat. Daß diese Unklarheit gegenüber der Steuerverwaltung nicht nur dazu dient, sondern auch von weiten Kreisen dazu benutzt wird, sich den Steuern zu entziehen, kann nicht wunder nehmen. Eine Sanierung der Staatsfinanzen und ein Heranziehen aller Steuerpflichtigen zur Steuerzahlung ist erst dann wieder möglich, wenn alle Steuerpflichtigen auf Goldbasis ihre Steuern zu bezahlen gezwungen sind und bezahlen müssen. Im jetzigen Zustand bleibt die Zahl der Steuerzahler immer mehr hinter der Zahl der Steuerpflichtigen zurück, die Steuerartikeln werden immer größer und der Steuerertrag immer geringer.“

Die unterzeichneten Verbände bitten deshalb das Reichswirtschaftsministerium, unverzüglich mit einigen ihrer Vertreter in Verhandlungen darüber einzutreten, in welcher Form in den nächsten Tagen der Goldnotenerwerb und der Goldkreditverkehr eingerichtet werden können. Das System des wertbeständigen Lombardkredits der Reichsbank ist ein kaufmännisches Übel und schon deshalb völlig unbrauchbar, weil seiner Natur nach Goldnoten als Gegenbedingung für die Kredite gar nicht geschaffen werden können und außerdem überflüssig werden.“

Die Teuerung im Großhandel.

Unter dem Einfluß der Kohlenpreissteigerung hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes in der Zeit vom 21. bis 28. August um 3,6 Proz. auf das 1 695 109fache des Friedensstandes gehoben. In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs in Berlin von 5,5 Millionen Mark auf 6,4 Millionen Mark oder um 16,4 Proz., so daß das Goldniveau der Großhandelsindexziffer eine weitere Aufwertung von 95 Proz. Gold auf 111 Proz. Gold erfuhr. Wir hatten also im Großhandel Preise, die — in Goldmark gerechnet — den Friedensstand überschreiten! Von den Hauptgruppen fliegen

Lebensmittel von dem 818 826fachen auf das 995 826fache oder um 21,6 Proz.;
Industriestoffe von dem 2 048 345fachen auf das 3 002 466fache oder um 46,7 Proz.; ferner die
Einfuhrwaren von dem 575 290fachen auf das 1 840 433fache oder um 16,8 Proz. und die
Inlandswaren von dem 1 180 857fachen auf das 1 666 045fache oder um 41,1 Proz.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen:
1 finnische Mark 287 280 Geld, 288 720 Brief; 100 österr. Kronen 14 763 Geld, 14 837 Brief; 1 tschechische Krone 305 235 Geld, 306 765 Brief; 1 ungarische Krone 578,55 Geld, 581,45 Brief; 1 bulgarische Lewa 97 733 Geld, 98 245 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 109 727 Geld, 110 275 Brief.

Die Bürgerlichen gegen den Magistrat.

Werke und Straßenbahn sollen dem Privatkapital ausgeliefert werden.

Zwischen den städtischen Körperschaften scheint sich ein scharfer Konflikt zu entwickeln. Die Deutschnationalen haben einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, der für die Straßenbahn wie für die übrigen Werke die sofortige Bildung von gemischtwirtschaftlichen Betrieben, d. h. auf gut deutsch die Auslieferung der Werke an das Privatkapital verlangt. Als Vorspann dient eine künstlich gesteigerte Entrüstung über „die Eigenmächtigkeit des Magistrats“. Nach dem Beschluß der Verkehrsdeputation auf Stilllegung der Straßenbahn hat der Magistrat, wie bekannt, einen mit Sachverständigen durchgearbeiteten Plan zur Einschränkung des Verkehrs beraten und die Bildung einer städtischen Gesellschaft für die Straßenbahn vorgezogen.

Wir sind, wie der „Vorwärts“ mehrmals dargelegt hat, aus einer ganzen Reihe von sachlichen Gründen der Meinung, daß die wirtschaftliche Entwicklung dieser scharfen Maßnahmen, wenn nicht überflüssig, so doch mindestens weniger dringend gemacht hat. Die Sozialdemokratie hat in der Verkehrsdeputation durchgesetzt, daß der Magistrat aufgefordert wurde, die Kündigungen der Straßenbahner zunächst um 14 Tage hinauszuschieben, und wir erwarten dringend, daß der Magistrat in seiner heutigen Sitzung diesem Beschluß beitrifft und sein Projekt über die Bildung einer Straßenbahngesellschaft sofort der Verkehrsdeputation zuleitet. Trotzdem muß gegenüber den bürgerlichen Parteien betont werden, daß wir bei den meisten ihrer Vertreter ihr Geschrei über die Selbständigkeit des Magistrats für reine Heuchelei halten. In dem furchtbaren Zusammenbruch, der vor einiger Zeit erfolgte, war die Stadtverordnetenversammlung durch eigene Schuld ausgeartet, und wie man auch zu den Beschlüssen des Magistrats stehen mag, wenigstens kann man nicht leugnen, daß er sofort zu handeln versucht hat und daß er sich dabei von dem Gedanken leiten ließ, den Verkehr wenigstens so weit als es der Stadt nur irgend möglich ist, aufrechtzuerhalten. Würde sich der Mark-Zusammenbruch im gleichen Tempo weiter entwickelt haben und wäre die Veränderung mit der Tarifpolitik der Reichsbahn nicht gekommen, dann würde heute wahrscheinlich kein anderer Ausweg übrig bleiben. Da die Stadtverordnetenversammlung die Beratungen über die Reorganisation monatelang bereits hingeschleppt hat, so wäre es unverantwortlich gewesen, offenen Auges weiter die Dinge sich entwickeln zu lassen. Wir können deshalb diesmal in das rein demagogische Geschrei nicht einstimmen, um so mehr als die bürgerlichen Parteien so lange nichts gegen die Eigenmächtigkeit des Magistrats einzuwenden hatten, als sie hofften, daß es sich um eine Gesellschaftsbildung mit privatem Kapital handeln würde. Erst als sie merkten, daß der Magistrat — nebenbei bemerkt in voller Uebereinstimmung mit den auf diesem Gebiet doch durchaus gut bürgerlich eingestellten Sachverständigen — diese Hals-über-Kopf-Auslieferung an das Privatkapital nicht mitmachte, weil er als Verwalter des städtischen Vermögens genug Verantwortlichkeitsgefühl besaß, änderte sich die Tonart und der ganze Chorus begann zu brüllen. Je mehr die Herrschaften im übrigen für Mussolini-Methoden schwärmten, desto mehr erstickten sie sich, wenn die Roten und die vom Magistrat nicht verschuldete Ausschaltung der Stadtverordnetenversammlung außerordentliche Maßnahmen veranlaßte.

In der Sache wäre die Auslieferung dieses wichtigen Verkehrsunternehmens an das Privatkapital ein ungeheures Verbrechen an der Bevölkerung. Die Schwierigkeiten, in denen sich die Straßenbahn befindet, teilt sie mit allen Unternehmen, mögen sie städtisch oder privat sein, in ganz Deutschland. Sie können durch Privatisierung nicht behoben werden. Diese Angriffe und Forderungen werden von dem rücksichtslosen Partisanatismus rechter Schreiber diktiert, dem sich die einschichtigeren mehr kommunalpolitisch eingestellten Mitglieder der bürgerlichen Fraktionen aus Parteidisziplin fügen müssen, trotzdem viele von ihnen genau wissen, warum es sich handelt. Die Sozialdemokratie wird diesen Angriff auf das städtische Eigentum mit allen Mitteln abzuwehren wissen. Einer Bergesellschaft der Straßenbahn oder einer Beteiligung privaten Kapitals könnte nur dann zugestimmt werden, wenn aus dieser Beteiligung eine wirkliche wirtschaftliche und verkehrspolitische Förderung zu erhoffen wäre. Immer wieder müssen wir das Reich darauf aufmerksam machen, daß das Reich die Verpflichtung hat,

seine wichtigsten Verkehrsanlagen in Berlin durch Betriebsgemeinschaft mit den städtischen und auch den privaten Verkehrsunternehmen zu einem den ganzen Berliner Verkehr bedienenden einheitlichen Unternehmen auszugestalten. Für eine solche Lösung, für die ruhig die Form einer Aktiengesellschaft gewählt werden könnte, wird die Sozialdemokratie jederzeit eintreten, weil sie eine Lösung wäre, die einen wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Sinn hat. Dem Geschrei kleiner Parteidemagogen, die glauben, einer unwissenden Bevölkerung jetzt einreden zu können, die Kommunalisierung sei an allem Schuld, werden wir mit allen Mitteln Widerstand leisten. Die Herrschaften sollen sich nicht über unseren Abwehrwillen täuschen, sie werden ihr Ziel nicht erreichen.

Keine Kündigungen der Straßenbahner.

Von heute ab 150 000-Mark-Tarif.

In der städtischen Verkehrsdeputation kam es gestern, wie bereits in einem Teil der gestrigen Abendausgabe mitgeteilt, zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Deputation faßte sich durch den Magistrat zurückgesetzt, der den Plan der Verkehrsstilllegung und Abrosselung in allen Einzelheiten mit Sachverständigen ausgearbeitet hatte, ohne die Verkehrsdeputation oder auch nur den Verwaltungsrat zu hören. Es wurde deswegen einstimmig ein Beschluß gefaßt, der den Magistrat anfordert, keine endgültigen Beschließungen über das weitere Schicksal der Straßenbahn zu treffen, ohne seine Pläne der Verkehrsdeputation vorgelegt zu haben. Ein zweiter Passus, der eine Beschlußfassung über die notwendig gewordene Erhöhung des Tarifes angesichts des Verhaltens des Magistrats verweigert, wurde abgelehnt. Daraufhin verließ die Rechte

den Sitzungssaal, ohne die Beschlussfähigkeit der Deputation zu erreichen. In eingehender Ausprache wurde dann von der Deputation beschlossen, den vom Magistrat mit den Sachverständigen zusammen ausgearbeiteten Abrosselungsplan vorläufig zu akzeptieren. Da die wirtschaftliche Entwicklung der Straßenbahn jetzt nach den bedeutenden Tarifserhöhungen der Stadt- und Ringbahn viel günstiger zu beurteilen ist, forderte die Deputation den Magistrat auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags auf, von der Kündigung der Straßenbahner Abstand zu nehmen. Eine eventuelle Verkehrseinschränkung soll nach Meinung der Verkehrsdeputation erst Ende nächster Woche geprüft werden, wenn die Entwicklung der Bahn sich genauer übersehen läßt. Zunächst ist der Magistrat aufgefordert worden, sämtliche Kündigungen um 14 Tage hinauszuschieben. Der Tarif ist von heute ab auf 150 000 M. erhöht.

Der Groß-Machnower Weinberg.

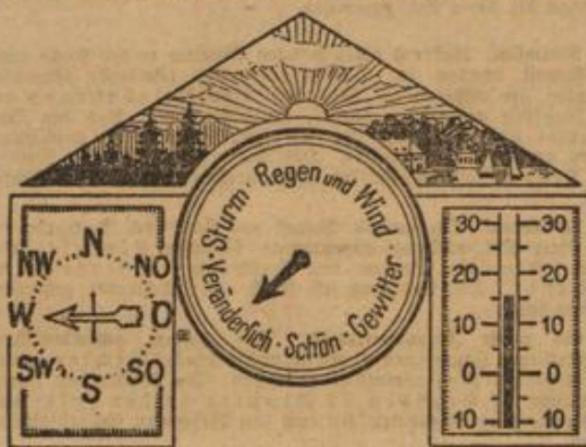
Vom Potsdamer Vorortbahnhof fahren wir mit den Joffener Jügen bis Rangsdorf. Wir wandern südwärts bis zum Bahnübergang, an der Wegteilung halbrechts zum Langen Berg, der mit Kiefernwald besetzt ist. Am Beginn des Waldes halblinks von der Straße ab durch den Wald. Der Weg geht in einen Fußsteig über, der durch die vom Jülowgraben durchflossene Niederung führt. Jenseits der Niederung ragt links der gleichfalls bewaldete Jabelsberg auf. Bald haben wir das Nordende von Groß-Machnow erreicht, das größte Dorf des Teltow. Schon bei der Gründung im 13. Jahrhundert durch die deutschen Kreuzritzer erhielt Groß-Machnow die größte Fläche Ackerland von allen Teltowdörfern. Der Name soll auf das slawische Wort machen = Nebel zurückzuführen sein; er ist bezeichnend für die feuchte, an Ausdünstungen des Bodens reiche Gegend.

Auf der Mittenwalder Chaussee wandern wir weiter. Das Gelände ist äußerst abwechslungsreich. Bergfluppen wechseln mit Talebenen ab, keine Waldbestände schieben sich allenthalben in die Acker- und Wiesenflächen ein. Vor uns ragt eine bewaldete Höhe auf, es ist der Groß-Machnower Weinberg. Bei Kilometerstein 3,3 zweigt nach rechts ein Fahrweg ab, der uns zu dem Südhang des Groß-Machnower Weinbergs bringt. Ueber die Geschichte seiner Entstehung erzählen die Ablagerungen, die ihn aufbauen. Er gehört zu den sogenannten Staumoranen. Als der Rand des eiszeitlichen Inlandsees an dieser Stelle längere Zeit still lag, presste er den Untergrund hoch empor und steuerte ihn zu Wällen an, die dann noch mit sandigen und kiesigen Ablagerungen der Schmelzwässer oder mit dem unter dem Eise hergeschafften Gersteinschutt überkleidet wurden. Die Schmelzwasser flossen südlich zum Baruther Urstromtal ab. In diesen Abflußläufen sind häufig Teile der Hochfläche stehen geblieben, die wie Inseln aus der Niederung aufragten. So sehen wir im Süden des Weinbergs die Insel Tetz, nach dem an ihrem Südhang gelegenen, vom Weinberg auch nicht sichtbaren Dorf Tetz benannt. Von der Höhe des Weinbergs haben wir eine prächtige Aussicht bis nach Rosten. Im Osten liegt Mittenwalde. Der Groß-Machnower Weinberg beherbergt eine ganze Anzahl in der Mark Brandenburg nur sehr selten vorkommender Pflanzen. Es ist ein sogenannter pontischer Hügel, nach Pontus, dem alten Namen für Kleinasien benannt. Als nach dem Ende der Eiszeit die Steppenzeit für unsere Gegend anbrach, wanderten viele Pflanzen aus den Steppengebieten Südosteuropas hier ein. Nachdem der Wald dann mehr und mehr die Pflanzenkinder der Steppe verdrängt, suchten sie ihre Zuflucht an solchen Stellen, die möglichst den Verhältnissen ihrer Heimat angepaßt waren. Auf trockenen und warmen Vertikalitäten, wie sie die nach Süden gelegenen Hänge und Berge waren, fanden sie ihr Fortkommen. Auch Pflanzen anderer Herkunft, denen solche Vertikalitäten zusagten, haben sich hier angesiedelt.

Wir wandern zu dem ostwärts gelegenen Städtchen Mittenwalde, in dessen Mauern der Prediger und Kirchenliederdichter Paul Gerhardt wirkte. Diese Stadt ist die einzige des Teltow, die noch mittelalterliche Reste birgt. Schon im 13. und 14. Jahrhundert war sie ein wichtiger Platz und Mitglied märkischer Städtebünde. Von hier können wir entweder die Kleinbahn nach Reuthe, Hermannstraße, benutzen (Bahnhof nördlich der Stadt) oder wir fahren mit einer anderen Kleinbahn (Bahnhof östlich der Stadt) nach Königswusterhausen und von hier mit der Gärlicher Vorortbahn (zur Stadtbahn in Riedersdörferweide umstritten) nach Berlin zurück. (Weglänge 12 Kilometer.)

Ein Kubikmeter Gas 350 000 M. Mit Rücksicht auf das neue Vorkommen im Bergbau sind auch die Preise für das Gas nicht unerheblich heraufgesetzt worden. In der gestrigen Deputations-sitzung wurde der Preis für ein Kubikmeter Gas auf 350 000 M. festgesetzt.

Wetteraussichten für Sonntag.



Zu Beginn der Woche zog ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet über Mittel- und Nordeuropa und brachte am Montag und Dienstag in Deutschland weitverbreitete Regenfälle, die stellenweise von Gewittern begleitet waren. Die Temperaturen stiegen mittags meist über 20 Grad, in Süddeutschland am Dienstag sogar auf 27 Grad. Die Regennenge war aber fast überall nicht sehr beträchtlich, allein in Oberbayern wurden stellenweise über 15 mm gemessen. Am Mittwoch hatte sich das Tief nordostwärts entfernt, aber bereits in der Nacht zu Donnerstag erreichte ein Sturmwind die deutsche Nordseeküste und breitete sich sehr rasch wiederum über Mittel- und Nordeuropa aus. Auch dieser Wirbel brachte nur wenig Regen, aber stürmische Westwinde, die in den Obstgärten vielen Schaden anrichteten. Der in Norddeutschland infolge der verregneten Blütezeit ohnehin schon geringe Haubehang wurde größtenteils unreif herabgeschüttelt. Für die Ernte der Frühkartoffeln und Halmfrüchte war das Wetter aber sehr gut geeignet. Der Wirbel ist jetzt schwächer geworden und liegt über Südschweden. Für die nächsten Tage ist daher bei uns mit veränderlichem, etwas kühlerem, jedoch meist trockenem Wetter zu rechnen.

Kilian.

Roman von Jakob Bühner.

„Ich rede zur Sache!“ schrie Kilian, „just jetzt rede ich davon. Damit sing mein Irrsinn doch an in jener Nacht. Ich stand auf der Kirchhofstraße, rechts wußte ich das Münster, links der Bundespalast, und da unten stand das Haus, in das Maruffka heute nacht um elf Uhr gehen wollte, um Aushilfsdienste zu leisten. Und ein Gedanke raste durch meinen Kopf: Mit allem kann man in der Schweiz zu etwas kommen, nur nicht mit Arbeit! Und ich schämte mich der Schweiz, schämte mich des weißroten Kreuzes, das manchmal auf dem Bundeshaus flattert, schämte mich des Kreuzes, das über den Kirchen steht und dessen, der daran gehangen haben soll, damit er die Menschen bessere. Und sie sind so! Diese Gesellschaft ist so! Doch da fühlte ich, daß ich selber Gesellschaft war, daß ich just an Maruffka eine Verantwortung hatte, daß sie in diesem Falle mein Nächster sei. Und ich ging hin, und bot mich ihr an. Wollte sie heiraten. Dirne hin oder her. Aber sie war zu vornehm in ihrem Herzen. Sie wollte mich nicht ins Unglück reiten. Wollte mein Opfer nicht. Verschmähte auch mein Geld. So eine war die Maruffka! Da stand ich denn da mit meiner Verantwortung, und da ging die Waffe los. Wie, weiß ich heute noch nicht. — So, und nun macht mit mir, was Ihr wollt!“

Erstöpft sank Kilian auf die Bank. Die Ergriffenheit, mit der er am Schluß gesprochen, hatte Eindruck gemacht. Der Staatsanwalt beantragte fünf Jahre Zuchthaus, der Verteidiger Freispruch.

Die Geschworenen brauchten über eine Stunde, bis sie ihren Spruch gefällt hatten. Er lautete auf Nichtschuldig. Wie unter der Hand bekannt wurde, kam dieses Urteil mit einer einzigen Stimme Mehrheit zustande. Das stärkste Motiv zu dem Freispruch sei gewesen: Der Jüngling ist nicht ganz bei Verstand.

Das Gericht mußte Kilian freisprechen. Er verlangte sofort seine tausend Franken, da er Bern zu verlassen gedachte. Er erhielt jedoch nur dreihundert. Der Rest gehe ihm zu, nachdem der Verteidiger bezahlt sei.

Fünftes Kapitel.

Vor zwei Stunden war Kilian in Genf angekommen. Mit dem Nachtzug noch hatte er Bern verlassen. Vielleicht aus Angst, sein Freispruch könne nur ein Dectum sein. Nun lief

er in dieser fremden, unter einem tiefen Regenhimmel merkwürdig düster dreinschauenden Stadt und suchte ein Zimmer. Aber die Menschen waren von einer unerlaubten Fremdheit. Wahrscheinlich, weil er ihre Sprache nicht konnte.

Einmal wollte er sagen: Erlauben Sie, ich bin doch schließlich ein Schweizer! Aber wen kümmerte das? Die Zimmer waren vermietet oder für Kilian zu teuer; fertig!

Noch zwei Adressen blieben ihm von den vielen, die er sich in einer Zeitung angekreuzt hatte. Wenn ihm auch hier so schroff die Türe vor die Nase gesetzt wurde, dann wollte er direkt nach Frankreich, in die Fremdenlegion oder auf eine Farm nach Amerika. Nach den Aufregungen der letzten Tage und der ungeschlafenen Nacht war er am Ende seiner Kraft. Am liebsten wäre er mitten auf der Straße auf sein Köfferlein gesessen und hätte zu weinen angefangen.

Da berührte ihn jemand am Arm und sagte: „Mein Herr, suchen Sie ein Zimmer?“

Kilian wagte nicht aufzusehen. Er dachte, ein Engel stünde vor ihm. Es war aber eine alte Frau mit einem Hörrohr und in einem Heilsarmeehut.

Das Zimmer gefiel Kilian über die Maßen. Und nachdem sie schnell handelseinig geworden, konnte Kilian seine Freude nicht mehr zurückhalten! „Sie wurden mir von Gott gesandt.“

Die Frau verlor ihre milde Heiterkeit aus dem Gesicht und fragte: „Sagen Sie das, weil ich bei der Heilsarmee bin?“

„Nein, aber in dem Augenblick, in dem Sie mich anredeten, schoß es mir durch den Kopf: Es ist nichts mit dem Christentum. Zweitausend Jahre besteht es, und noch können die Menschen in Einsamkeit verelenden, ob sie gleich zu hunderttausenden beieinander wohnen. Ich denke den Gedanken, und Sie reden mich an und geben mir in Ihrem Dachzimmer die freundlichste Heimat. Ist das nicht wunderbar?“

„Nun,“ lächelte die Greisin, „Ihnen von der Nase abzulesen, daß Sie ein Zimmer suchen, was gerade kein Kunststück, und da ich just einen Mieter nötig hatte, so sprach ich Sie an. Aber jetzt sehen Sie sich etwas in'stand und kommen Sie dann zu mir herunter.“

Kilian schwamm plötzlich im Glück und erst recht, als er, eine Weile später, in einem unglaublich behaglichen Stübchen an einem zierlich gedeckten Kaffeetisch der alten Frau gegenüber saß. Seine anfängliche Scheu, sich in all dieser Wohlansständigkeit ungeschickt zu benehmen, hatte sie mit ihrer bewundernden Herzlichkeit rasch verjagt, und als ihm richtig ein

großes Stück Brot in die Tasse fiel, und der aufspringende Kaffee einen häßlichen Fleck in das blaue Tisch Tuch setzte, sagte sie: „Oh, oh, oh!“ hob die Brotschale weg, unter der ein ebenso gelber Fleck zum Vorschein kam, und lachte: „Sehen Sie, das ist mir gestern auch passiert,“ und kicherte wie ein Spitzhuhn, daß sie die Sache unter dem Brotlech versteckt habe. Ueber solcher Fröhlichkeit aber stürzte Kilians Herz der alten Frau zu Füßen, ehe er sich verah.

Er fragte sie, ob sie denn eine Deutsche sei, daß sie diese Sprache so gut beherrschte. Es ergab sich aber, daß sie eine Welsche war, daß sie studiert hatte, das Sekundarlehrerpatent und den Doktorittel besaß, daß sie aber infolge ihres früh ausgebrochenen Gehörleidens den Lehrberuf nur ganz kurze Zeit hatte ausüben können. Sie hatte sich dann auf den Journalismus geworfen und angefangen, sich mit Politik zu beschäftigen. Ihre Aufsätze hätten zuerst Anklang gefunden, dann Aufsehen erregt, und schließlich seien sie von sämtlichen bürgerlichen Blättern als zu revolutionär zurückgewiesen worden.

Kilian, der staunend und immer ehrfürchtiger zugehört hatte, fragte: „Und warum sind Sie nicht zu der Proletarierpresse gegangen?“

Mademoiselle Naville — wie die Dame hieß — zuckte die Achseln. „Warum?“ — Wenn Sie sich zu den Proletariern zählen, so wird Sie mein Grund verlegen; halten Sie sich jener Klasse fern, so werden Sie mich kaum verstehen. Nehmen Sie an, es sei aus Eigenliebe geschehen. Jedenfalls beforge ich seit bald zwanzig Jahren Strickarbeit für ein Warenhaus, und seit ich bei der Heilsarmee Leutnant bin und das Dachzimmerchen vermiete, geht es mir sehr gut.“

„Doktor und Warenhausstrickerin!“ jagte Kilian und starrte die Frau an. Nach einer Weile fuhr er fort: „Ich hatte einmal eine Freundin, die war auch Revolutionärin, aber eines Tages trat sie aus der Partei aus. Sie sagte: Man hat mir das Rückgrat gebrochen. Und heiratete eine Rayonchef. Niemand bleibt bei der Stange.“

Die alte Frau nickte ein wenig und sagte leise: „Es ist schwer, nicht Verräter zu werden.“

Kilian meinte: „Als Bube bin ich oft über eine gefährliche Felswand geklettert. Ich hatte immer furchtbare Angst, und es war mir, als ob ich mich an einer grausamen Notwendigkeit, an einer Art Weltgesetz, vorbeischlängelte. Als ob man es begaunere. So sind die menschlichen Verhältnisse und Zustände. Man muß sich an ihnen vorbeischlängeln, muß sie begaunern!“ (Fortsetzung folgt.)

